AP (L.); SCOTT NELSON / DER SPIEGEL (U.)

Proteste in Syrien: *„Die Bürger müssen geschützt werden“*

SYRIEN

„Ich sehe keine Reformen“

Generalsekretär Nabil al-Arabi über die Bedenken der Arabischen Liga zu Maßnahmen gegen das Assad-Regime und die Spannungen zwischen Israel und den Palästinensern

SPIEGEL: Libyen ist von Gaddafis Unrechtsregime befreit worden. In Syrien gibt es inzwischen mehr zivile Opfer, als die Revolutionen in Ägypten und Tunesien zusammen gefordert haben – aber die Liga hält sich zurück. Warum verschonen Sie das syrische Regime?

Arabi: Syrien ist nicht Libyen. Libyen war schon immer weitgehend isoliert. Was sich dort abspielte, hatte kaum Auswirkungen auf die Nachbarländer. Mit Syrien ist das völlig anders. Das Land hat eine Schlüsselposition in der Region. Was dort passiert, hat direkten Einfluss auf den Libanon und den Irak. Auch hat Gaddafi von Anfang an schwere Waffen eingesetzt, Assad nicht.

SPIEGEL: Aber es fahren doch längst Panzer durch Hama, Homs und Latakia.

Arabi: Als ich zehn Tage nach meinem Amtsantritt nach Syrien flog, wollte man mir jedenfalls noch weismachen, dass es weder in Aleppo noch in Damaskus zu Ausschreitungen gekommen sei. Nur in einigen grenznahen Ortschaften hätte es Schusswechsel gegeben, weil dort auf die Sicherheitsorgane gefeuert worden sei.

SPIEGEL: Das entspricht doch nicht den Tatsachen.

Arabi: Ich habe Baschar al-Assad eine klare und unmissverständliche Botschaft überbracht. Ich habe von ihm Reformen, die Einstellung von Gewalt und einen friedlichen Übergang in eine neue Ära gefordert.

SPIEGEL: Das hören wir zum ersten Mal.

Arabi: Ich konnte es damals nicht öffentlich machen, das war im Sinne der Sache. Assad versprach mir, Veränderungen einzuleiten. Aber nun sind fast zwei Monate vergangen, und ich sehe keine Reformen.

SPIEGEL: Was verlangen Sie? Einen Regimewechsel?

Arabi: Das soll das syrische Volk selbst entscheiden. Niemand kann einem souveränen Staat vorschreiben, wie er sich verändern soll.

SPIEGEL: Was müsste passieren, damit sich die Liga, ähnlich wie in Libyen, eindeutiger gegen das syrische Regime stellt?

Arabi: Die Dinge sind doch noch im Fluss. Nur die Vereinten Nationen sind berechtigt, über Gewaltanwendung zu entscheiden. Auch die Arabische Liga hat kein Mandat, in einem Mitgliedstaat irgendetwas zu erzwingen.

SPIEGEL: Aber die Arabische Liga war früher durchaus militärisch aktiv. 1961 etwa schützte sie Kuwait mit einer Spezialtruppe vor einer bevorstehenden irakischen Invasion. Brauchen Sie nicht eine derartige Einsatztruppe – ähnlich den Blauhelmen der Vereinten Nationen?

Arabi: Das halte ich angesichts der Mehrheiten innerhalb der Liga für nicht realistisch. Aber ich bestehe auf die Einhaltung der Menschenrechte. Die Bevölkerung, die Bürger müssen geschützt werden, nicht nur in Syrien.

SPIEGEL: Viele Araber halten Ihre Institution inzwischen für wenig effizient.

Arabi: Der historische Moment des Wandels hat die ganze Region erfasst und wird früher oder später alle arabischen Staaten verändern. Jawohl, die Liga muss sich dem anpassen. Wir müssen in der Lage sein, auf unvorhergesehene Entwicklungen schnell zu reagieren.

SPIEGEL: Aber einige Mitgliedstaaten, allen voran Saudi-Arabien, werden derartige Veränderungen schwerlich mittragen.

Arabi: Auch ich habe da meine Zweifel. Wir müssen es trotzdem versuchen und die von der Uno festgeschriebenen Menschenrechte, die alle Staaten der Liga anerkannt haben, ernst nehmen.

SPIEGEL: Wie erklärt Saudi-Arabiens Außenminister, dass sein Land einerseits die syrische Opposition unterstützt, gleichzeitig aber Truppen nach Bahrain schickt, wenn Sie ihn danach fragen?

Arabi: Ich stelle ihm diese Fragen nicht. Das müssen Sie tun. Sie sind die Journalisten.

SPIEGEL: Unterstützen Sie die Palästinensische Autonomiebehörde in ihrem Streben, im September die Gründung eines Staates Palästina von der Uno-Vollversammlung absegnen zu lassen?

Arabi: Die Uno-Resolution 181 von 1947 ist die Geburtsurkunde zweier Staaten, Israels und Palästinas. Was ist falsch

al-Arabi

Die Arabische Liga

wird seit Anfang Juli von dem ägyptischen Juristen Nabil al-Arabi, 76, geführt. Sein populärer Vorgänger Amr Mussa wird demnächst als Kandidat bei den ägyptischen Präsidentschaftswahlen antreten. In den Fluren vor Arabis Büro am Kairoer Tahrir-Platz hängen noch immer, ein halbes Jahr nach Beginn des Arabischen Frühlings, Bilder vergangener Gipfeltreffen mit Husni Mubarak, Zine el-Abidine Ben Ali und Muammar al-Gaddafi, den mittlerweile gestürzten Staatschefs Ägyptens, Tunesiens beziehungsweise Libyens. Erst vor kurzem ließ der Generalsekretär Libyens grüne Flagge gegen die schwarz-rot-grüne Trikolore der Rebellen austauschen. Arabi hat Erfahrung mit historischen Zäsuren: 1978 beriet er Mubaraks Vorgänger Anwar al-Sadat bei den Verhandlungen zum Camp-David Abkommen, das zum Friedensvertrag mit Israel führte.

daran, wenn sich die Palästinenser nach 20 Jahren Verhandlungen mit Israel wieder direkt an die Völkergemeinschaft wenden? Sie könnten noch weitere 20 Jahre ohne Ergebnis weiterverhandeln, weil die israelische Regierung den Konflikt im Grunde gar nicht aus der Welt schaffen will. Ernst meinen es die Israelis nur, wenn es um zusätzlichen Landgewinn und den Ausbau der Siedlungen geht.

SPIEGEL: Sie unterstützen also die palästinensische Initiative?

Arabi: Unterstützen? Wir setzen uns mit aller Macht dafür ein.

SPIEGEL: Die Amerikaner haben für diesen Fall harte Konsequenzen angedroht …

Arabi: Das ist eine inakzeptable Haltung, die wir nicht hinnehmen! Das stärkste und reichste Land der Welt ist nicht fähig, sich festzulegen. Stattdessen schreibt ihnen jemand aus Tel Aviv oder Jerusalem vor, was sie zu tun haben.

SPIEGEL: Wird diese Haltung nicht zu Spannungen zwischen der Arabischen Liga und den USA führen?

Arabi: Ich hoffe nicht, dass es dazu kommt. Wenn die Amerikaner ihre vor vielen Jahren gemachten Versprechungen erfüllt und die Israelis zu ernsthaften Verhandlungen gezwungen hätten, wäre das Problem längst gelöst.

SPIEGEL: Auch die Bundesregierung hat angekündigt, den Plan der Palästinenser nicht zu unterstützen.

Arabi: Ich habe gehört, was Angela Merkel sagte. Sie verwies auf die besondere Verantwortung der Deutschen gegenüber den Juden. Doch die Deutschen tragen auch Verantwortung für die Palästinenser.

SPIEGEL: Auch die radikal-islamische Hamas, die im Gaza-Streifen an der Macht ist, erkennt Israel nicht an.

Arabi: Hat Israel die Hamas anerkannt? So etwas beruht auf Gegenseitigkeit.

SPIEGEL: Aber die Islamisten im Gaza-Streifen feuern schließlich Raketen auf israelische Städte.

Arabi: Das darf nicht sein, das ist falsch, und das sagen wir ihnen auch. Palästinenserpräsident Mahmud Abbas beschwört sie täglich, den Raketenbeschuss nicht länger zuzulassen. Tatsache ist, dass es auf beiden Seiten Extremisten gibt.

SPIEGEL: Wird es wegen Palästina jemals wieder zu einem Krieg zwischen einem arabischen Staat und Israel kommen?

Arabi: Vollkommen ausgeschlossen.

SPIEGEL: Sie haben den Posten als Generalsekretär vor zwei Monaten in einer turbulenten Zeit angetreten. Halten Sie es für möglich, dass Sie Ihr Amt aufgeben, wenn der Druck unerträglich wird?

Arabi: Ja, durchaus. Das liegt in meiner Natur. Ich bin in der Tat nicht sicher, ob ich das noch lange aushalten kann.

Interview: Christoph Sydow, Volkhard Windfuhr

AFP

Sozialist Strauss-Kahn, Ehefrau in Washington: *Lächerlicher Absturz*

FRANKREICH

Der gefallene Sohn

Die Heimkehr von Dominique Strauss-Kahn belastet den Präsidentschaftswahlkampf. Die Sozialisten üben sich in vorsichtigen Absetzbewegungen.

Ein politisch Totgesagter hält die Lebenden in Atem. Alle redeten über ihn, warteten auf ihn, starrten auf ihn, als hinge von seiner wundersamen und doch unheimlichen Wiederauferstehung Wohl und Wehe der Nation ab.

Ganz Frankreich schien vorige Woche in einem surrealistischen Countdown der angekündigten Rückkehr des gefallenen Sohnes Dominique Strauss-Kahn entgegenzufiebern. Am Donnerstag wurde der Startschuss wie zur ersten Etappe einer Tour de France besonderer Art vermeldet: DSK und seine ebenso treue wie duldsame Frau Anne Sinclair hatten da gerade ihr Anwesen in Washington verlassen; das Air-France-Ticket war gebucht.

Was würde der Heimkehrer sagen? In welcher Rolle würde er zurückkommen? Als Triumphierender, den Klauen der US-Justiz entronnen? Oder als Demütiger, der nicht freigesprochen und schon gar nicht für unschuldig erklärt ist, sondern seinen spektakulären, aber auch lächerlichen Absturz allein sich selbst zuzuschreiben hat?

Präsident Frankreichs kann Strauss-Kahn im nächsten Frühjahr nicht mehr werden, auch wenn er vor seiner Begegnung mit dem Zimmermädchen Nafissatou Diallo in einer New Yorker Hotelsuite Mitte Mai als geradezu unschlagbar galt. Nun liegt sein Schatten dunkel wie der eines außerirdischen Raumschiffs über dem Wahlkampf, der jetzt beginnt. Und in ihm verdüstern sich ganz besonders die Aussichten der vier Männer und zwei Frauen, die im Oktober in einer Urwahl der Sozialistischen Partei den Fahnenträger der Linken für den Kampf um den Elysée-Palast bestimmen wollen.

Denn sie treten allesamt als zweite Wahl an, als Ersatz minderer Güte für den Supermann, der sie zu einem strahlenden und vermutlich sicheren Sieg hätte führen sollen. Das Unbehagen ist deshalb groß und die Heuchelei in der Vorfreude auf den Wiedergänger DSK so offensichtlich wie bedrückend.

So wie die Umfragen stehen, haben nur zwei der sechs Anwärter eine realistische Chance, zum Herausforderer des Amtsinhabers Nicolas Sarkozy ausgerufen zu werden: Martine Aubry, 61, bis zu ihrer Kandidatur Parteivorsitzende der Sozialisten und Tochter des inzwischen nostalgisch verklärten Europapolitikers Jacques Delors. Und François Hollande, 57, Aubrys Vorgänger als Sozialistenchef und Ex-Partner von Ségolène Royal, der anderen Kandidatin.

Für Aubry ist der Wirbel um DSK am schädlichsten. Vor dessen Fehltritt in New